

Kreis erhält Geld für Arbeit gegen Rechts

Ministerium hat schon 30 000 Euro zugesagt

SCHWALM-EDER. Der Landkreis bekommt für Aktionen gegen rechte Gewalt jetzt Unterstützung. Mit dem Projekt „Gewalt geht nicht“ nimmt der Schwalm-Eder-kreis an einem Förderprogramm des Bundesministeriums für Familie und Jugend teil.

Bis zum 31. Dezember erhält der Projektausschuss zunächst 30 000 Euro, um einen Plan für Gewaltprävention bei Jugendlichen zu erstellen. Darüberhinaus hat der Landkreis die Chance, mit Ideen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit weitere drei Jahre jeweils bis zu 100 000 Euro für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu bekommen.

Feuerwehr, Sportvereine, Schulen, Kirchen, Jugendhilfeeinrichtungen, die Polizei und Kreistagsvorsitzende bilden mit weiteren engagierten Delegierten seit zwei Jahren den Ausschuss für „Gewalt geht nicht“. Ein Aktionsplan soll

nun das Bundesministerium überzeugen, die Angebote im Landkreis auch ab dem kommenden Jahr zu fördern.

Projektleiter Stephan Bürger hofft, dass viele Vorschläge zusammenkommen. Jeder kann mitmachen und einen Antrag auf Förderung stellen. „Wir haben jetzt die Chance, unseren Einsatz gegen Gewalt auszuweiten“, sagt Stephan Bürger. Beispielsweise könnten Veranstaltungen wie ein Konzert gegen Rechts und Fahrten zu Gedenkstätten bezahlt werden. Als nächstes sollen Jugendliche, Ausschussmitarbeiter und Institutionen in Seminaren Vorschläge sammeln und ihre Erfahrungen austauschen, um Konzepte zur Gewaltprävention und Integration von jungen Menschen zu entwickeln. (sdl)

Kontakt: Stephan Bürger, Tel. 05681/775 590, E-Mail: stephan.buerger@schwalm-eder-kreis.de.

www.gewalt-geht-nicht.de

HINTERGRUND

Das Bundesprogramm: Vielfalt tut gut

Das Programm des Bundesministeriums für Familie und Jugend richtet sich an Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit. Mit dem Projekt „Gewalt geht nicht“ besteht im Landkreis bereits eine Basis für die Jugendarbeit, die durch die Förderung des Bundes erweitert wird. 30 000 Euro hat das

Ministerium dem Kreis schon zugesagt. Bei einer weiteren Förderung würden drei Jahre lang bis zu 100 000 Euro jährlich fließen. Nichtstaatliche Organisationen können beim lokalen Koordinator (Stephan Bürger) Ideen einreichen und eine Förderung beantragen. (sdl)